

Dr. Franz Segbers

Ein Lob der Steuern!

Die Zachäus-Kampagne für eine gerechte Steuerpolitik

Förderverein der Radwege- und Autobahnkirche St. Paul in Wittlich, 31. Januar 2026

VHS, Trier 1. Februar 2026

Vor wenigen Wochen hat Anne Brorhilker den Stuttgarter Friedenspreis erhalten. Das ging leider nicht durch die Medien, ist aber hochbedeutsam. Anne Brorhilker war Staatsanwältin für die Verfolgung von Wirtschaftskriminalität bei sog. Cum-ex-Geschäften. Sie hatte im letzten Jahr ihre Kündigung eingereicht mit der Begründung: „Da geht es oft um Täter mit viel Geld und guten Kontakten, und die treffen auf eine schwach aufgestellte Justiz.“ Bei der Preisverleihung sagte sie: „Der insgesamt durch Steuerhinterziehung verursachte Schaden wird auf sage und schreibe etwa 100 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt. 100 Milliarden! Das sind 270 Millionen Euro – pro Tag. 11 Millionen Euro – jede Stunde. Während ich hier stehe und spreche, sind schon wieder Hunderttausende Euro verschwunden.“ Genauer gesagt: Sie sind nicht einfach so verschwunden, sondern sind von der Gesamtheit gezahlte Steuern, die durch Steuertricks in private Taschen umgeleitet werden. Anne Brorhilker kritisierte die laxen steuerlichen Betriebsprüfungen, die in den letzten zehn Jahren um über die Hälfte gesunken. Und gleichzeitig sank auch noch die Anzahl der Betriebsprüfer.

Die enormen finanziellen Schäden für den Haushalt sind wohl am offensichtlichsten: Es fehlen Milliarden, die Bund, Ländern und Kommunen eigentlich für öffentliche Aufgaben zur Verfügung stünden. Und die Folgen spüren wir alle tagtäglich: kaputte Straßen und Brücken, überlastete Schienen, geschlossene Schwimmbäder und Bibliotheken, marode Schulen und löchrige Mobilfunknetze. Während die Koalition erbittert über Einsparungen im Sozialetat besonders bei den Armen im Bürgergeld streitet, könnte eine entschlossene Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität jährlich für Mehreinnahmen in Milliardenhöhe sorgen und den Haushalt nachhaltig entlasten.

Jetzt mögen manche vielleicht denken: Hier geht es um professionell organisierten Finanzbetrug und Steuerkriminalität im großen Maßstab. Das ist weit weg von uns. Uns als kleine Leute betrifft das nicht. Doch! Es ist ein Volkssport und als „clever“, das Finanzamt auszutricksen. Genau das sprach Anne Brorhilker in ihrer Rede zur Preisverleihung an. Sie forderte eine kulturelle Wende: Wirtschaftskriminalität, Steuerhinterziehung - ob im großen Maßstab oder im Kleinen - sind keine Kavaliersdelikte, auch kein Zeichen von Cleverness, sondern Angriffe auf das Fundament unseres Zusammenlebens. Sie nehmen dem Staat die Mittel, die für alle da wären. Das ist eine private Bereicherung auf Kosten des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Bei Steuern geht es nicht um finanztechnische Spezialfragen für Experten, sondern um die Grundlagen unseres Zusammenlebens. Der Staat braucht Steuermittel für all das, was wir alle brauchen: Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, Gesundheitsversorgung, Verkehrsmittel, Straßen. In den Steuern spiegelt sich, wer darüber bestimmt, was eine Gesellschaft für welche Aufgaben wieviel Finanzmittel zur Verfügung stellt. Die Entscheidung darüber ist nicht haushaltstechnischer Art, sondern hoch politisch und ethisch bedeutsam. Sie drückt die Wert-

entscheidung einer Gesellschaft aus. Was ihr wirklich was und wieviel wert ist, zeigt eine Gesellschaft an der Steuerpolitik. Deshalb stehen Steuern auch im Zentrum scharfer gesellschaftlicher Auseinandersetzungen.

Meine These:

Wer die Ungleichheit in einer Gesellschaft bekämpfen und die Klimakrise angehen will, der muss auch über Steuern sprechen. Ohne eine gerechte Steuerpolitik ist weder die soziale Krise noch die ökologische Krise zu lösen. Steuern sind nicht das Allheilmittel, wohl aber ein wichtiger und kaum beachteter Hebel, um diese Krisen anzugehen. Doch die Steuerpolitik braucht eine ethische Grundlage, die sie nicht selber schaffen kann, von der sie aber lebt. Wir brauchen eine kulturelle Wende.

Die dramatischen Folgen möchte an zwei der Hauptkrisen unserer Zeit aufzeigen:
Der sozialen Gerechtigkeitskrise und der ökologischen Krise

Zur sozialen Gerechtigkeitskrise

Vor wenigen Wochen konnten wir ein nur zu bekanntes Schauspiel beobachten. Die CSU traf sich zu ihrer Klausur im Kloster Seeon. Beratungsgegenstand: Senkung der Steuern auf Einkommen, Erbe und Immobilienkauf.

„Der Staat“ – so die Begründung in einem Papier der CSU-Fraktion - „darf sich nicht unverhältnismäßig an der Lebensleistung von Eltern bereichern, die jahrzehntelang Wohlstand erarbeitet haben, um ihre Kinder und Enkel abzusichern. Wir wollen deshalb die Freibeträge bei der Erbschaftsteuer deutlich erhöhen und die Erbschaftssteuer regionalisieren.“

Zudem sollen die gänzlich steuerfreie Vererbung und Schenkung von Unternehmen möglich sein.

Aus der SPD kommen zeitgleich genau entgegengesetzte Forderungen:

„Unser Reformvorschlag soll die Erbschaftsteuer gerechter, einfacher und zukunftsfest machen. Dafür gilt es zum einen, übliche private Erbschaften innerhalb der Familie mit einem Lebensfreibetrag komplett steuerfrei vererbbar zu machen, und zum anderen, millionenschwere Unternehmens-Erbschaften höher zu besteuern.“

Man muss wissen, dass diese Positionen vor dem Hintergrund eines bald erwarteten Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Erbschaftsteuerreform erhoben werden. Gerade Erbschaftssteuern sind hochumkämpft. Es ist verständlich, dass Eltern ihren Kindern etwas hinterlassen wollen. Doch darum geht es gar nicht. Umstritten sind Erbschaften, bei denen es um Millionen und Milliarden geht.

Deutschland war noch nie so reich wie derzeit. Doch dieser Reichtum ist höchst ungleich verteilt. Erbschaften und Schenkungen machen inzwischen mehr als die Hälfte des Vermögens aus – Tendenz steigend. Das heißt: Immer weniger zählt der eigene Beitrag zur Gesellschaft, sondern ob man Glück oder Pech in der sogenannten Spermalotterie hatte – denn große Vermögen werden meist über den Vater oder Großvater vererbt.

Immer wieder erscheinen in den Medien eine sog. Reichenliste. Doch die reichste Familie hat per Gericht verfügt, dass sie nicht genannt werden darf, die Familie Boehringer. So einfach ist das. Böhringer und von Baumbach haben ein geschätztes Vermögen zwischen 52 und 101 Milliarden Euro.

Seit Aussetzung der Vermögensteuer gibt es keine amtliche Erhebung über große Vermögen in Deutschland. Das reichste 1 Prozent besitzt über 35 Prozent des Vermögens. Das zeigt, wie groß die Datenlücken sind – und wie wichtig es wäre, die Vermögensteuer selbst bei einem Steuersatz von 0 Prozent schon zur Datenerhebung wieder einzuführen, um darauf politische Diskussionen und Forderungen zu stützen.

250 Milliarden Euro an Privatvermögen besitzen die fünf reichsten Familien in Deutschland – Albrecht (Aldi), Schwarz (Lidl/Kaufland), der in der Schweiz lebende Klaus Michael Kühne (Kühne Holding AG), Quandt/Klatten (BMW) und die reichste Familie Deutschlands, Boehringer. Die zwei Oligarchenfamilien Boehringer und Schwarz besitzen mehr als die ärmere Hälfte der Gesamtbevölkerung – 40 Millionen Menschen.

Forbes veröffentlichte im Juni 2025 neue Zahlen: 75 Prozent des Vermögens von Milliardären in Deutschland besteht aus Erbschaften oder Schenkungen. Deutschland liegt damit international an der Spitze. Das zeigt: Vermögensreichtum ist kein Naturereignis, sondern zum großen Teil eine Folge der Erbschaftssteuer.

Mythos 1: „Das ist eine Steuererhöhung für viele Erben“

Die Hälfte aller Erbschaften gehen an die reichsten 10 Prozent. Die meisten Erbschaften liegen schon heute unterhalb der Freibeträge. Laut DIW-Analyse sind gerade einmal 3,4 Prozent der Erbschaften (und Schenkungen) größer als 400.000 Euro.

Mythos 2: „Das ist leistungsfeindlich“ – Alexander Hofmann, CSU.

Erbschaften sind sehr wohl leistungsloses Einkommen für den Erben. Erwirtschaftet hat das der Erblasser, nicht der Erbe. Und Erben ist kein Verdienst, sondern biografischer Zufall einer Spermalotterie. Zwölf Prozent aller steuerfreien Unternehmensübertragungen entfallen auf Kinder unter 14 Jahren. In 40 Fällen wurde einem Kind unter 14 Jahren ein Vermögen von mindestens 250 Millionen Euro übertragen und blieben zu 99 Prozent steuerfrei. 220 Kinder erbten zusammen 43 Milliarden Euro. Die oberen 10 Prozent der Erben erben die Hälfte des gesamten vererbten Vermögens in Deutschland. Den Rest teilt sich die andere Hälfte. Besonders privilegiert sind Unternehmensvermögen. Wer eine Firma erbt und weiterführt, kann bis zu 100 Prozent steuerbefreit bleiben. Bei sehr großen Erbschaften von über 250 Millionen Euro liegt die Steuerbefreiung bei über 90 Prozent.

Die Vehemenz der Gegenwehr zeigt, worum es wirklich geht: um Privilegien. Eine kleine, wohlhabende Minderheit verteidigt ein System, das ihr gigantische Vermögen nahezu steuerfrei überlässt.

Deutschland ist eine Erbengesellschaft, keine Leistungsgesellschaft.

Aus Arbeit und Lohneinkommen entsteht kein Vermögen. Das Wort Steuern im Deutschen erlaubt ein schönes Wortspiel – durch Einkommenssteuer kann man gegen die Einkommensungleichheit steuern. Genauso könnte man mit einer Vermögensteuer gegen Vermögens-

ungleichheit ansteuern. Und mit der Erbschaftsteuer gegen die Erbengesellschaft. Doch stattdessen konzentriert sich die Debatte fast nur aufs Einkommen aus Lohnarbeit – obwohl das bei den Reichsten kaum noch eine Rolle spielt. Je vermögender man ist, desto seltener stammen die Einkünfte aus Arbeit. Das oberste 1 Prozent – rund 900.000 Menschen – lebt vor allem von Kapitalerträgen.

Beim Überreichtum greift die Einkommensteuer kaum. Wer Reichtum gerecht besteuern will, muss Vermögen besteuern, das wieder aus Erbschaften stammt. Im Jahr 2024 wurden Erbschaften im Umfang von 113,2 Milliarden Euro veranlagt und 13,3 Mrd. Euro gezahlt. Gezahlt wurden 0,2 Prozent Steuern auf das Milliardenerbe. Die echte Summe dürfte aber wohl bei 360 Mrd. Euro liegen, denn viele Erbschaften bleiben unsichtbar. Die Hans-Böckler-Stiftung geht davon aus, dass in den kommenden Jahren bis zu 400 Mrd. Euro vererbt werden.

Zum Vergleich: Wer arbeitet, zahlt auf das Gehalt rund 37 Prozent Steuern und Abgaben. Wer dagegen Millionen erbt, muss auf das Erbe oft nur etwa drei Prozent Steuern zahlen und kann davon oft bequem leben, ohne selbst arbeiten zu müssen. Ungerecht ist das also nur für die, die kein Millionenerbe erwarten können.

Von Beginn an konnte man Steuerzahlungen bei Betriebsvermögen großzügig stunden, um Arbeitsplätze zu schützen – das war nachvollziehbar. Aber 2016 kam mit der sogenannten Verschonungsbedarfsprüfung die Möglichkeit, sich bei großen Betriebsvermögen „arm“ zu rechnen zu können – und kaum oder keine Steuer zu zahlen. Kürzlich hat Friede Springer ein Vermögen im Wert von ungefähr 1 Milliarde Euro steuerfrei an Mathias Döpfner per Schenkung übertragen. Springer-Aktien gingen ohne Schenkungsteuer an den Vorstandsvorsitzenden der Axel Springer, weil er zuvor sein ganzes Vermögen zum Kauf von einem weiteren Paket Axel Springer-Aktien einsetzte. Dabei erwarb Mathias Döpfner 4,1 % der Aktien an der Axel Springer SE von der Friede Springer Stiftung. Und da die gekauften Aktien kein verfügbares Vermögen darstellen, kann Herr Döpfner den Erlass der Schenkungsteuer erwarten.

Betriebsvermögen sind extrem ungleich verteilt – die reichsten 1,5 Prozent halten über 86 Prozent davon. Genau dieses Vermögen wird steuerlich fast komplett verschont. Seit der Weimarer Republik - also seit einhundert Jahren - gab es keine derartige Privilegierung von Betriebsvermögen, wie es heute der Fall ist. So zementieren sich Familiendynastien über Generationen. Wir leben zunehmend in einem Neofeudalismus – nicht mehr über blaues Blut, sondern durch Geldadel.

Erbschaften sind ein Motor für die Ungleichheit durch Geburt. Sie beruht nicht auf unterschiedlicher Leistungsfähigkeit, sondern auf den unterschiedlichen Kontoständen der Eltern. Erbschaften und Schenkungen betragen somit mehr als zehn Prozent des jährlichen Bruttoinlandsprodukts Deutschlands.

Derzeit erhalten die reichsten 10 Prozent der Gesellschaft die Hälfte aller Erbschaften und Schenkungen, während die ärmere Hälfte fast keine oder sogar Schulden erhält. Wir erleben eine der historisch größten Erbschaftswellen. Die Erbschaftswelle wird immer größer – und somit auch die Vermögensungleichheit. Das zeigt: Die derzeitige Erbschaftsteuer hat kaum Verteilungseffekte. Der hohe Anteil der Erbschaften am Gesamtvermögen weist auch darauf hin, dass Erbschaften eine hohe Verteilungswirkung haben – zumal sie kaum besteuert werden. Dabei geht es nicht um das Häuschen der Eltern oder der Oma.

2. Ökologische Krise

Dieser Überreichtum ist nicht nur angesichts der Armut katastrophal, sondern auch ökologisch verheerend. Doch nicht alle Menschen tragen gleichermaßen zur Klimakrise bei. Nach Berechnung von Oxfam hat das reichste Prozent der Weltbevölkerung bereits am 11. Januar dieses Jahres alle Treibhausgase ausgestoßen, die ihm für das gesamte Jahr 2026 zusteht – also die Menge CO₂, die pro Kopf jährlich emittiert werden darf, um die Erderwärmung im langfristigen Durchschnitt auf maximal 1,5 Grad zu begrenzen. Das bedeutet: Alle weiteren Klimaemissionen, die das reichste Prozent der Welt ab dem 12. Januar ausstößt, gehen auf Kosten der restlichen Weltbevölkerung und der Zukunft.

Die Verteilungslinien verlaufen dabei nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb von Ländern: Nicht alle Menschen haben gleichermaßen zur Klimakrise beigetragen, und auch heute verursachen hohe Einkommens- und Vermögensgruppen deutlich höhere Emissionen.

Neue Studien benutzen eine bahnbrechend neue Rechenweise: Anstatt den CO₂ Ausstoß dort zu messen, wo er produziert wird – etwa in einer Spielzeug-Fabrik in China oder in einer Näherei in Bangladesch, wird der Emissionswert für das Produkt dort gemessen, wo es konsumiert wird. Wenn also die Jeans aus Bangladesch in Deutschland getragen wird oder das Spielzeug aus China in den USA verkauft wird, dann fällt dort der Emissionswert an. So stellt der „Climate Inequality Report“ in Bezug auf 2019 fest:

„Die obersten zehn Prozent der Emittent:innen sind für fast die Hälfte der globalen Kohlendioxid-Emissionen verantwortlich [...]. Mit anderen Worten, die von den unteren 90 Prozent der Weltbevölkerung verursachten Emissionen sind nur geringfügig höher als die der obersten zehn Prozent. [...] Das oberste ein Prozent erzeugt mehr als ein Sechstel der globalen Emissionen, wobei seine Pro-Kopf-Emissionen das 16-Fache des globalen Durchschnitts von 2019 betragen. Diese Zahlen beinhalten, dass die Gesamtemissionen des obersten einen Prozents die Emissionen der gesamten unteren Hälfte der Weltbevölkerung übersteigen.“

Das wohlhabendste eine Prozent der EU-Bevölkerung emittierte 2019 hingegen pro Kopf 7 Prozent mehr als vor 30 Jahren. Reduktionen gab es nur bei den unteren 99 Prozent!

Es geht aber nicht nur um den privaten Luxuskonsum allein. Der Climate Inequality Report schätzt, dass die zehn Prozent der größten Emittenten auch 76 Prozent aller Finanzvermögen besitzen. Laut dem Jahresbericht der Energieagentur (IEA) über die Investitionstrends in der Energiewirtschaft, flossen 2020 726 Mrd. US-Dollar in Projekte mit Öl, Gas und Kohle. JPMorgan Chase, Citi und die Bank of America pumpen Billionen in Öl und Gasprojekte und Unternehmen, die den Amazonas abholzen. Weniger als die Hälfte des Geldes, nämlich nur 359 Mrd. Euro, haben Investoren dagegen in erneuerbare Energie investiert.

Milliardäre sind verantwortlich für Investitionen, die jährlich so viel Treibhausgase wie ganz Frankreich verursachen. Oder so viel wie eine Million Menschen aus den ärmeren 90 Prozent der Weltbevölkerung zusammen. Die Überreichen investieren ihr Vermögen ohne Rücksicht auf die ökologischen Folgen dort, wo die höchsten Renditen zu erwarten sind. Die Investitionsentscheidungen vieler Superreicher sind hochgradig umweltschädlich. 75-80 Prozent der Gesamtemissionen der reichsten zehn Prozent kommen von ihren Vermögenswerten und Anlageprodukten. Diese Diagnose der ökologischen Ungleichheit ist wichtig, gleichwohl bleibt sie unterkomplex. Denn sie suggeriert, dass die ökologische Krise vor allem durch

Umverteilung von Einkommen und Vermögen bearbeitet werden könnte – und nicht durch strukturelle Veränderungen der Produktions- und Lebensweise.

Obwohl die unteren 50 % der Weltbevölkerung lediglich zu 12 % der globalen Emissionen beitragen, erleiden sie aber bis 75% der Einkommensverluste aufgrund des Klimawandels. Während die ärmste Hälfte der Welt weit weniger CO₂ ausstößt, als ihr zustehen würde, leben die obersten zehn Prozent über ihre Klima-Verhältnisse: Ihr CO₂-Ausstoß liegt neunmal höher als geboten wäre. Wenn sie ihren CO₂-Ausstoß nicht reduzieren, ist das 1,5 Grad Ziel nicht erreichbar. Egal, wie sich die anderen neunzig Prozent verhalten. Die Reichen nehmen sich einen immer größeren Anteil des Kohlenemissionsbudgets. Oder anders gesagt: Damit wir das Klimaziel erreichen, darf jeder Erdenbürger pro Jahr maximal 2,8 Tonnen CO₂ ausstoßen.

Milliardäre wie Roman Adamovich, Bill Gates, Elon Musk oder Jeff Bezos aber haben einen Tausende Male höheren Verbrauch als die maximale Menge. Die obersten zehn Prozent der globalen Einkommenshierarchie - das sind 800 Mio. Menschen - sind für 48 Prozent der Emissionen weltweit verantwortlich – und besitzen zugleich 76 Prozent aller Vermögenswerte. Zu den reichsten zehn Prozent der Welt gehören in Deutschland Menschen mit einem Nettoeinkommen von mindestens 90.000 Euro im Jahr, also ab der oberen Mittelschicht aufwärts. Sie haben ein Vermögen, das im Durchschnitt 190-mal so hoch ist, wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung.

Der individuelle Konsum der reichsten Menschen auf diesem Planeten hat beträchtliche Ausmaße angenommen und führt mitunter zu abstrusen Geschichten. In Rotterdam gab es im vergangenen Jahr eine Diskussion um den Bau einer Superyacht für Jeff Bezos, drittreichster Mensch der Welt und Amazon-Gründer. Die Yacht wurde derart überdimensioniert geplant, dass für die Durchfahrt zur Nordsee eine historische Brücke der Stadt Rotterdam abgebaut werden sollte. Nach Protest der Bevölkerung wurde die Yacht noch unfertig nachts zu einer anderen Werft in Rotterdam verlegt, um dort fertiggestellt zu werden. Unternehmen wie Würth, Viessmann und Herrenknecht haben eigene Flugplätze, von denen Mitarbeitende mit Privatjets abfliegen oder auf denen Kunden landen. In der ZEIT berichtet der Unternehmer Bettermann, dass er aufgrund des Gedränges in den Flughafengängen, den Sicherheitskontrollen und der Abtasterei kaum noch Linie fliege, sondern im Privatjet. Im Jahr 2022 hoben so viele Privatjets von deutschen Flughäfen ab, wie noch nie (94.000 Starts). Derartige Auswüchse des Konsums sind mit beträchtlichen CO₂-Emissionen verbunden.

In den USA stoßen die reichsten 10 Prozent dreimal so viel CO₂ pro Person aus wie der durchschnittliche US-Bürger und fünfmal so viel wie die unteren 50 Prozent in den USA. Auf die Spitze treibt es der Oligarch Roman Abramovich, der manchen als ehemaliger Besitzer des FC Chelsea bekannt sein dürfte. Er besitzt eine 162-Meter-Yacht, eine Boeing 767 als Privatjet und mehrere teilweise hektargroße Anwesen auf der Welt. Eine Studie über die CO₂-Fußabdrücke der 20 reichsten Milliardäre der Welt schätzt den CO₂-Fußabdruck von Roman Abramovich im Jahr 2018 allein durch seinen Konsum auf 31.198,8 Tonnen CO₂, davon sind 22.440 Tonnen nur auf die Yacht zurückzuführen. Zum Vergleich: Der durchschnittliche Bundesbürger in Deutschland stößt ca. 10 Tonnen CO₂ pro Jahr aus, der globale Durchschnitt liegt bei 6 Tonnen CO₂ pro Person.

Diese Diagnose der ökologischen Ungleichheit ist wichtig, gleichwohl bleibt sie unterkomplex. Es bedeutet nämlich nicht, dass die ökologische Krise vor allem durch Umverteilung von Einkommen und Vermögen bearbeitet werden könnte – und nicht durch strukturelle Veränderungen der Produktions- und Lebensweise. Doch Umverteilung durch eine entsprechende Steuerpolitik ist unumgänglich.

Umkämpfte Steuergerechtigkeit

Es ist heute kaum mehr vorstellbar, dass die USA einmal ein Land waren, wo vom Ende der 30er bis in die 70er Jahren die soziale Ungleichheit radikal abnahm. Es war das Land, in dem eine „konfiskatorische“ Steuer für die Reichen erfunden wurde. Hohe Steuern wurden nicht als Zumutung empfunden, sondern galten als akzeptables Instrument zur Finanzierung staatlicher Aufgaben und besonders auch des Sozialstaats. Es war die Zeit nach 1945, die in den USA und Großbritannien als „Golden Age“, in Frankreich als „Les trentes glorieuses“ und in Deutschland als das „Wirtschaftswunder“ bezeichnet wurde. Der Sozialstaat wurde auf- und ausgebaut. Arbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit oder gar Armut schienen besiegt zu sein. Unter dem Slogan „*soak the rich*“ (dt. „melkt die Reichen“) wurde im New Deal unter US-Präsident Roosevelt nach 1935 der Spitzensteuersatz auf 91 Prozent, die Erbschaftssteuer auf 77 Prozent und die durchschnittliche Bundessteuer auf Unternehmensgewinne auf über 45 Prozent erhöht. Gegen mächtige Vertreter von Wirtschaftsinteressen stellte der damalige US-Roosevelt klar: „Sie hatten begonnen, die Regierung der Vereinigten Staaten als ein bloßes Anhängsel ihrer Geschäfte zu betrachten. Wir wissen jetzt, dass die Regierung durch das organisierte Geld genauso gefährlich ist wie die Regierung durch das organisierte Verbrechen.“

Diese Zeiten sind vorüber. Mit Margret Thatcher in Großbritannien, Ronald Reagan in den USA in den 80er Jahren und schließlich mit den Bundeskanzlern Kohl und Schröder setzte sich mit dem Neoliberalismus die Gegenbewegung durch. Die Gesellschaft wurde in eine Marktgesellschaft umgeformt. In Europa und den USA liegt die Vermögensungleichheit wieder auf dem Niveau der Zeit von 1914. Die USA sind zu einer Plutokratie geworden, einem Land, in dem die Milliardäre und Oligarchen die Herrschaft übernommen haben und die Ungerechtigkeit Triumphe feiern kann. Leistung muss sich wieder lohnen – war das Motto. In den USA, die einmal Vorreiter einer radikalen progressiven Besteuerung im 20. Jahrhundert waren, vollzog sich ein solch radikale Kehrtwende, dass US-Präsident Ronald Reagan im Jahr 1985 Steuern einen „täglichen Raubüberfall“ nannte. Die Meinung konnte sich durchsetzen, dass der Markt für die Verteilung zwischen arm und reich zuständig sei. Der Staat galt nicht mehr als Lösung, er war das Problem.

Seit dreißig Jahren werden auch in Deutschland die Steuern gekürzt und neue Steuerschlupflöcher geschaffen wurden:

- Die Abschaffung der Börsenumsatzsteuer (1991),
- die Aussetzung der Vermögenssteuer (1997), die Senkung der Unternehmenssteuern (1998, 2001 und 2008),
- die Einführung einer pauschalen und einkommensunabhängigen Steuer auf Kapitalerträge (2008) und
- großzügige Befreiungen für große Unternehmensvermögen bei der Erbschaftssteuer (1992, 2008 und 2016)

Die Änderungen haben dafür gesorgt, dass Menschen mit großen Vermögen und hohen Vermögenseinkommen relativ weniger Steuern zahlen als Menschen, die von ihren Arbeits-einkommen leben. Die Einnahmeverluste aus diesen Steuerprivilegien für die Reichen summieren sich auf etwa 80 Milliarden Euro pro Jahr. Diese Summe wäre ausreichend, um die Ausgaben für alle Schulen zu verdoppeln. Es findet ein globaler Wettbewerb der Steuer-systeme und Steuerarten statt. Dabei gibt es Hilfen einer professionellen parasitären Steuer-vermeidungsindustrie, die auch nicht vor Betrug und kriminellen Handlungen zurückschreckt. Unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten stellt diese Steuerpolitik eine fundamentale Verletzung des Grundsatzes der Steuergerechtigkeit dar.

Gerechtigkeit der Besteuerung

Die Forderung nach „gerechten Steuern“ wird allenthalben erhoben. Die Frage nach der Steuer ist nicht bloß eine technische, sondern eine Gerechtigkeitsfrage. Im Hintergrund des Streits über die Steuer stehen gegensätzliche Vorstellungen über die Aufgaben des Staates und über die Stellung des einzelnen Bürgers und der Bürgerin im Konflikt. Bei allem Streit um die Steuer sind sie der Schlüssel, der von entscheidender Bedeutung dafür ist, wie solidarisch eine Gesellschaft ist.

Doch wann sind Steuern, wann ist welche Steuerart und in welcher Höhe ist gerecht oder ungerecht? Gibt es Gerechtigkeitskriterien? Am Steuersystem ist ablesbar, wie eine Gesell-schaft mit der Gerechtigkeitsfrage umgeht. Der Frankfurter Philosoph Rainer Forst sagt: Die Gerechtigkeitsfrage ist die Antwort darauf, was Menschen einander schulden:

Für Steuern lautet die Gerechtigkeitsfrage deshalb:

1. **Wer** soll
2. **wie viel** und
3. **welche Steuern** zahlen?

In der Steuerpolitik zeigt sich, wer, wieviel und welche Steuern zahlen soll. Wie hoch sollen Erbschaftssteuern oder Vermögenssteuer sein? Soll und darf es sie überhaupt geben? Sollen Einkommen aus Arbeit den Einkommen aus Kapital / Vermögen gleichgestellt werden? Oder eher nicht? Welche Antwort gegeben wird, hängt von den gesellschaftlichen Interessen ab. In der Steuerpolitik zeigt sich, welche Aufgaben der Staat wahrnehmen will und welche nicht. Ob es viele Arme und wenige Reiche oder keine Armut in einer Gesellschaft gibt, wird ganz wesentlich in der Steuerpolitik entschieden. Was soll durch den Staat von allen für alle zugänglich gemacht werden? Steuerpolitik konkretisiert, ob die Menschen viel oder wenig beim Recht auf soziale Sicherheit, Gesundheit, Bildung, Wohnung und Arbeit haben. Was einer Gesellschaft es wirklich wert ist, die Klimakrise oder die Spaltung zwischen arm und reich zu bekämpfen, zeigt sich in der Steuerpolitik. Und schließlich: Gemeinsinn ist nicht eine schöne Tugend, sondern wie es um den Gemeinsinn steht, wird in der Steuerpolitik zum Ausdruck gebracht.

In einem modernen Rechts- und Steuerstaat sind Steuern keine Zumutung eines als Obrigkeit verstandenen Staates, der den Bürgern gegenübersteht. Steuern sind ein Instrument, auf das sich die Bürger letztlich politisch im Parlament verständigen. Steuergerechtigkeit ist zwei-seitig zu verstehen: Sie ist eine Gerechtigkeit, die *durch* Besteuerung angestrebt wird, und eine Gerechtigkeit *bei der* Besteuerung. Steuern sind keine Preise, denn ihnen steht keine

unmittelbare und zurechenbare Gegenleistung wie bei Abgaben gegenüber. Wer Steuern hinterzieht, handelt nicht nur illegal und kriminell, er verletzt elementare Bürgerpflichten, auf die sich eine Gesellschaft verständigt hat. Wer sich der Steuern entzieht, ist ein Trittbrettfahrer, denn er lebt letztlich auf Kosten derer, die Steuern zahlen, ja tendenziell nötigt er den Steuerzahlern höhere Steuerlasten auf.

Damit kommt den Steuern eine Trias von Funktionen zu:

- Sie schaffen Gerechtigkeit: Korrektur ungerechter Einkommensverteilung
- Sie finanzieren staatliche Aufgaben wie Verkehrswege, Schulen, Sozialleistungen, Krankenhäuser etc. und stärken die Demokratie
- Sie üben Lenkungseffekte aus: Steuerung der Wirtschaft, um politisch gewünschte Ziele zu erreichen wie etwa die sozial-ökologische Transformation.

Da der Staat allein durch Steuern und Abgaben die Mittel erhalten kann, die er für das Gemeinwesen benötigt, gilt der Grundsatz: Die Höhe der Staatsausgaben hat sich an zu finanzierenden Aufgaben auszurichten. Doch welche Aufgaben sind es? Wie hoch sollte der Beitrag des Steuerbürgers sein?

Für die Beantwortung dieser Fragen kann der Gerechtigkeitsgrundsatz des Rechtsphilosophen John Rawls hilfreich sein:

Ungleichheiten sind nur dann gerechtfertigt, wenn sie den am wenigsten Begünstigten den größtmöglichen Vorteil bringen.

Welche Ungleichheit ist für die am wenigstens Begünstigten von Vorteil? Steuerpolitisch gewendet heißt dies: Ein Steuersatz, der niedrige und mittlere Einkommen entlastet und höhere Einkommen stärker belastet, ist gerecht; zum anderen: Die Reichen stärker zu besteuern ist gerecht, wenn die Gesellschaft und besonders die weniger Begünstigten durch diese ungleich höhere Steuerbelastung der Reichen einen Vorteil haben.

Was aber bedeutet diese Gerechtigkeitsregel für die Höhe der Steuern? Die französischen Ökonomen Emmanuel Saez und Gabriel Zucman wenden diesen Gerechtigkeitsgrundsatz an und plädieren für eine Einkommenssteuer, die von einer Körperschaftssteuer für Unternehmen und einer progressiven Vermögenssteuer flankiert sein muss. Dabei gilt der Leitsatz für einen Grenzsteuersatz:

„Der optimale Steuersatz für die Reichen ist schlicht der, der die maximalen Einnahmen generiert“.

Studien zeigen, dass die größtmöglichen Einnahmen von den Reichen bei einem Steuersatz von etwa 75 Prozent generiert werden. Nur dann kann die Dynamik zur wachsenden Ungleichheit, die eine Bedrohung der Demokratie darstellt, gebremst werden. Da jedoch viele der Reichen zudem über ein beträchtliches Vermögen verfügen, ist eine Vermögenssteuer unumgänglich, wenn die hohen Vermögen eingedämmt werden sollen.

Diese Gerechtigkeitsgrundsätze haben alle Kirchen Österreichs gemeinsam in einem beachtenswerten „Sozialwort“ (2003) in der Forderung ausgedrückt:

„Öffentliche Güter beziehen ihre Legitimität und gesellschaftliche Anerkennung daraus, dass sie, von allen finanziert, auch allen in gleichem Masse zugänglich sind.

Sie sind die politische Konkretisierung sozialer Rechte, wie des Rechts auf soziale Sicherheit, Gesundheit, Bildung, Wohnung und Arbeit. Öffentliche Güter und Dienstleistungen sind Ausdruck institutioneller Solidarität. Steuern müssen die Erfüllung der Staatsaufgaben ermöglichen. Steuerentlastungen müssen unter dem Blickwinkel der Wirtschaftsleistung, aber auch in ihren Auswirkungen auf Arbeitsplätze, auf Staatsausgaben und auf die Verteilung innerhalb der Bevölkerung betrachtet werden. ... Ein ‚schlanker Staat‘ kann kein Selbstzweck sein“ (Ökumenischer Rat der Kirchen in Österreich 2003: Ziff. 221-223).

Es gibt also viele Vorschläge, Gerechtigkeit aufzurichten und die ökologische Krise anzugehen. Die Zivilgesellschaft ist gefragt. Die Zachäus-Kampagne der Kirchen ist eine solche zivilgesellschaftliche Initiative.

Die Zachäus-Kampagne

Damit gerechte Steuern zu einem Thema der Kirchen werden, hat der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) mit anderen konfessionellen Weltorganisationen im Jahr 2019 eine ökumenische Kampagne für Steuergerechtigkeit gestartet. Unter Bezugnahme auf die biblische Geschichte von Zachäus fordert die ökumenische Kampagne von Kairos Europa ein gerechtes Steuersystem, das der Mehrheit dient und nicht der Bereicherung einiger weniger. Die biblische Gestalt des Zöllners und Steuereintreibers Zachäus ist keineswegs so harmlos wie es scheint. Denn er war durch willkürlich erhobene Zölle reich geworden. Das war zwar nach dem Recht der Römer erlaubt - wie auch heute viele Steuervermeidungsmodelle legal sind. Da die Zöllner die Höhe der Zölle nach eigenem Belieben festsetzen konnten, war es aber für die Rabbinen in der Zeit Jesu schmutziges Geld. Deshalb nahm man von Zöllnern auch keine Almosen an. Zachäus erkennt: Was Rom Recht nennt, ist Unrecht.

Die Bekehrung des Zachäus ist Programm und steht sinnbildlich für die notwendigen Veränderungen der globalen Finanzordnung. Im Konzeptpapier der Kampagne heißt es: „Die Besteuerung ist ein wichtiges Instrument, um den Reichtum innerhalb und zwischen den Ländern gerecht zu verteilen und Unternehmen und Bürger im Hinblick auf die Wahrung des Gemeinwohls, einschließlich der Pflege der globalen ökologischen Gemeinschaft, zur Verantwortung zu ziehen.“ Zur Unterstützung dieser Kampagne haben sich in Deutschland derzeit 24 evangelische und katholische Dienste und Werke sowie ökumenische und zivilgesellschaftliche Organisationen und Netzwerke in einem Bündnis für Steuergerechtigkeit zusammengeschlossen.

Die Zachäuskampagne des ÖRK will deutlich machen: Wer Armut bekämpfen will, der muss für eine gerechte Steuerpolitik eintreten. Da Steuern hoch politisch sind, heißt das auch, einen Konflikt mit den Vermögenden zu wagen, für die die neoliberale Epoche eine goldene Zeit war. Deshalb müssen die Kirchen über Steuern reden, wenn sie sich für die Armen und eine solidarische Gesellschaft stark machen.

Die Bayerische Verfassung von 1947 enthält einen starken Satz: „Die Erbschaftsteuer dient auch dem Zwecke, die Ansammlung von Riesenvermögen in den Händen einzelner zu verhindern“ Was hier zur Erbschaftsteuer gesagt wird, ist ein Grundsatz für die gesamte Steuerpolitik. Damit eine Gesellschaft sich nicht in Arm und Reich aufspaltet, greifen Steuern in das Eigentum ein. Priorität hat das Gemeinwohl – und nicht ein Recht auf Eigentum.

Deshalb lautet die Maßgabe des Grundgesetzes: Eigentum verpflichtet – und zwar zum Steuerzahlen und zur Finanzierung des Sozialstaates.

Von Zachäus ist zu lernen: Es geht um Rückerstattung von angehäuften gewaltigen Vermögen, nicht um Umverteilung. Es ist an der Zeit zu erkennen, dass den Steuern eine Schlüsselrolle bei der Schaffung einer sozial ausgeglichenen und solidarischen Gesellschaft zukommt. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts zeigt, dass ungerechte und ungleiche Gesellschaften durch eine progressivere Besteuerung von höheren Einkommen, Vermögen und Erbschaften zivilisiert werden können. Nötig ist die ethische Grundüberzeugung, dass ein solidarisches Gemeinwesen seinen Preis hat. Wenn aber diese Überzeugung fehlt, dann werden sich immer Steuerschlupflöcher und Steuertricks zur Steuerhinterziehung finden.

Den Steuerhinterziehern, den Steueroptimierern und Steuerflüchtigen muss gesagt werden: Steuern verdienen ein Lob! Doch es geht nicht nur um illegale Tricks des Steuerbetrugs und der Steuerhinterziehung. Die Politik muss endlich eine Steuerpolitik gestalten, die die soziale Spaltung bekämpft, die Gefährdung durch die Umweltkrise angeht und die Demokratie verteidigt. Was einer Gesellschaft soziale Gerechtigkeit und Gleichheit wert sind, lässt sich an den Steuern ablesen. An ihnen zeigt sich, was welchen Wert in einer Gesellschaft hat. Wir haben die Wahl drüber, welche Gesellschaft wir sein wollen. Wir können sie gerecht gestalten. Überreiche haben nicht stärkere Schultern. Sie profitieren nur stärker vom Staat und dem Schutz ihres Vermögens durch eine Steuerpolitik, die der Staat macht. Über dem Portal der US-amerikanischen Steuerbehörde steht der Satz. „Steuern sind der Preis für eine zivilisierte Gesellschaft“. Wer Solidarität nicht wertschätzt, für den sind Steuern immer zu hoch.